

Politik Chronik

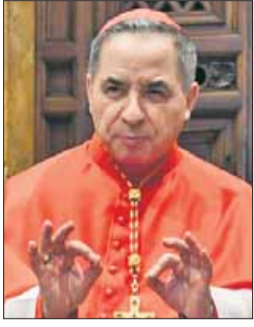


„Wir müssen sicherstellen, dass die Wahl ehrlich ist. Aber ich weiß nicht, ob sie es sein kann.“

US-Präsident Donald Trump (rechts im Bild neben seinem demokratischen Herausforderer Joe Biden) schürt weiter Zweifel an einer „ehrlichen“ Präsidentschaftswahl

Dubiose Transaktionen: Kardinal bezeichnet Vorwürfe als „surreal“

VATIKANSTADT (APA). Der wegen dubiosen Finanztransaktionen zurückgetretene Kurienkardinal **Angelo Becciu** hat die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als „surreal“ bezeichnet. Der 72-Jährige, dem der Vatikan Geldunterschlagung vorwirft, erklärte am Freitag bei einer Pressekonferenz in Rom, er vertraue dem Papst und der vatikanischen Justiz. „Ich bin bereit, für den Papst mein Leben zu geben“, sagte Becciu.



Kurienkardinal Angelo Becciu
APA (AFP/Archiv)/ANDREAS SOLARO

„Bis gestern fühlte ich mich als treuer Diener des Papstes. Dann sagt mir der Papst, dass er mir nicht mehr vertraut, weil ich laut den vatikanischen Staatsanwälten Geld unterschlagen habe. Das ist surreal“, meinte Becciu, der am Donnerstagabend von seinem Amt als Präfekt der vatikanischen Kongregation für Heilig- und Seligsprechungen zurückgetreten ist.

Becciu drohte mit Klagen wegen Verleumdung. „Ich hoffe, der Papst begreift, dass dies alles ein großes Missverständnis ist. Ich hoffe, der Papst lässt sich nicht manipulieren“, sagte der

Prälater. Nach Angaben des italienischen Nachrichtenmagazins „L'Espresso“ sollen 700.000 Euro aus dem Peterspfennig in die Taschen von 3 auf Sardinien lebenden Brüdern Beccius gelangt sein. So soll eine Tischlerei eines der Brüder Beccius Aufträge von ausländischen Nuntiatoren erhalten haben, um Kirchen in Angola und auf Kuba mit Bänken zu beliefern. Auch eine weitere im Gastronomiebereich tätige Gesellschaft unter Kontrolle Mario Beccius, Bruder des zurückgetretenen Kardinals, soll Geld erhalten haben.

US-Wahl – Trump sät weiter Zweifel an „ehrlicher“ Präsidentschaftswahl

WASHINGTON (APA/dpa). Weniger als 6 Wochen vor der US-Präsidentschaftswahl am 3. November schürt Amtsinhaber Donald Trump weiter Zweifel an ihrem möglichen Ergebnis. „Die Demokraten manipulieren unsere Wahl 2020!“, schrieb Trump in der Nacht zum Freitag bei Twitter. Am Donnerstag hatte er mit Blick auf per Post abgeschickte Stimmzettel gesagt: „Wir müssen sicherstellen, dass die Wahl ehrlich ist. Aber ich weiß nicht, ob sie es sein kann.“

Trump behauptet bereits seit Wochen, dass millionenfach an US-Bürger verschickte Wahlunterlagen die Gefahr von Wahlfälschung drastisch erhöhten. Experten und Wahlverantwortliche bestreiten dies.

Trump sagte vor seinen Anhängern wiederholt, er sei überzeugt, dass er im November nur verliert, wenn es Wahlbetrug gibt. Am Mittwoch weigerte er sich auf die Frage eines Reporters hin, im Voraus eine friedliche Machtübergabe zuzusichern. „Wir müssen abwarten, was passiert“, sagte er stattdessen. Trumps Äußerungen lösten Kritik sowohl bei den Demokraten als auch bei Republikanern aus. Der Senat, in dem die Republikaner die Mehrheit halten, verabschiedete am Donnerstag eine Resolution mit einem Bekenntnis zur friedlichen Machtübergabe. Am Freitag schrieb Trump auf Twitter, bei der Briefwahl werde „überall Betrug festgestellt“.

Anstieg der Todesfälle auf eine Million steht bevor

COVID-19: Von Null auf 1.000.000 Tote in 9 Monaten – Im Februar nahm die Zahl der Infektionen rasant zu

WIEN (APA/AFP). Ende Dezember 2019 wurden erstmals Fälle einer durch Viren ausgelösten Lungenentzündung in der chinesischen Stadt Wuhan bekannt, am 11. Jänner 2020 meldete China ein erstes offizielles Todesopfer durch das neuartige Coronavirus. 9 Monate nach den ersten Berichten über die zunächst mysteriöse Lungenerkrankung steht die Welt kurz davor, die Schwelle von einer Million bestätigten Coronatoten zu überschreiten.

1000 Todesopfer im ersten Monat

Das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 breitete sich rasch in China aus. Innerhalb eines Monats meldete das Land 1000 Todesfälle – mehr, als während der 2002 bis 2003 in Asien aufgetretenen Atemwegserkrankung Sars mit 774 Toten insgesamt registriert worden waren.

Länder außerhalb Chinas waren zunächst kaum betroffen. Am 2. Februar meldeten dann die Philippinen einen ersten Fall, 2 Tage später folgte Hongkong, am 13. Februar wurde ein erster Fall in Japan gemeldet, einen Tag später gab es die erste Meldung aus Frankreich.

„Schwarzer April“ in Europa und den USA

Im Februar nahm die Zahl der Infektionen rasant zu. Bis 11. März, als die Weltgesundheitsorganisation WHO die Ausbreitung des Virus zur Pandemie erklärte, wurden weltweit 4500 Todesfälle in 30 Ländern registriert. 2 Drittel der Fälle waren in



Die Corona-Pandemie hält die Menschen weltweit in Atem.

APA/afp/LARA BALAIS

China, aber auch in Italien und dem Iran schnellten die Infektionszahlen in die Höhe, auch hier wurden bald erste Todesopfer gemeldet.

Bis Mitte April stieg die Zahl der in Europa und den USA pro Tag gemeldeten Infektionen auf mehr als 4000 an, die der Todesfälle auf durchschnittlich 2700 pro Tag. Weltweit stieg die Zahl der Todesopfer bis 19. April auf knapp 170.000, doppelt so viel wie Ende März.

Südamerika als neues Epizentrum

Im Juni verschob sich das Epizentrum der Pandemie nach Südamerika und in die Karibik. Zwischen Mitte Juli und Mitte August wurden aus der Region durchschnittlich mindestens

2500 Todesopfer gemeldet. Brasilien wurde das Land mit der zweithöchsten Opferzahl nach den USA. Gemessen an der Zahl der Toten umgerechnet auf die Bevölkerungszahl gehören Peru, Bolivien, Brasilien, Chile und Ecuador bis heute zu den am stärksten betroffenen Ländern weltweit.

Zweite Welle?

Seit Mitte April, als die Zahl der täglichen Todesopfer in Asien bei unter 100 lag, nehmen die Zahlen der Corona-Toten in der Region stetig zu. Derzeit bewegt sich der Kontinent auf eine Zahl von 1500 Todesopfern pro Tag zu. Am stärksten betroffen ist dabei Indien.

Auch in Europa steigen die Infektionszahlen wieder und we-

cken die Angst vor der zweiten Pandemie-Welle. Die Zahl der Neuinfektionen in dieser Woche liegt rund 20 Prozent über der in der vergangenen Woche, die Zahl der Todesopfer stieg um 28 Prozent auf 614.

Afrika und Ozeanien bisher weitgehend verschont

Laut den amtlichen Statistiken ist Afrika bisher deutlich weniger betroffen als andere Kontinente. Nach einem Stand von rund 400 Todesfällen pro Tag Anfang August gingen die Zahlen in Afrika auf weniger als 200 pro Tag Mitte September zurück. In Ozeanien wurden seit Beginn der Pandemie sogar nie mehr als im Durchschnitt 2 Dutzend Todesopfer pro Tag registriert.

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Zu viel Vielfalt im Europa der EU?

OHNE KONSENS: In vielen Bereichen gehen die Interessen der Staaten weit auseinander

Europa ist stolz auf seine Vielfalt. Doch manchmal haben wir in der EU etwas zu viele Verständnisse von Vielfalt. Und zu wenig Einigkeit. Diese Woche hat sich dies einmal mehr gezeigt.

Erstes Schlaglicht: Die EU-Kommission hat das lang erwartete Migrations- und Asylpaket vorgestellt. Dieses versucht durchaus raffiniert osteuropäische Migrationsbremsen zurück in das Boot zu holen. Und zwar indem man diesen Staaten versichert, dass die EU die Idee einer solidarischen Verteilung von Flüchtlingen aufgibt, sofern sich diese „unwilligen“ Staaten dafür an den Kosten und Mühen der Abschiebung jener Migranten beteiligen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt wurden.

Dies wird nun als „flexible Solidarität“ verkauft und eingefordert. Eine pragmatische Option. Aber von der ursprünglichen Idee einer solidarischen Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten doch weit entfernt. Wir erinnern: Gegen eine



Die Flüchtlingsfrage entzweit nach wie vor Europa. APA/afp/ELVIS BARUKIC

verpflichtende Verteilung von 160.000 Flüchtlingen waren nach 2015 die Slowakei und Ungarn vor den Europäischen Gerichtshof gezogen. Zwar hatten sie dort keinen Erfolg, doch der Vorfall zeigte die politischen Grenzen der Solidarität im EU-Asylrecht auf.

Zweites Schlaglicht der Woche: Weißrussland und europäische Zahnlosigkeit. EU-Politiker hatten sich ungewohnt weit aus dem Fenster gelehnt und Unterstützern des weißrussischen

Präsidenten Alexander Lukaschenko mit Sanktionen gedroht. Fast konnte man an einen späten Frühling der europäischen Außenpolitik glauben. Dann wurde die geballte Sanktionsmacht eines Binnenmarktes von einer halben Milliarde Einwohner durch das Veto des Kleinstaates Zypern – seine Bevölkerungsgröße entspricht etwa jener von Gesamtitalien – lahmgelegt. In der EU-Außenpolitik herrscht nach wie vor das Prinzip der Einstimmigkeit vor.

Drittes Schlaglicht der Woche: Rechtsstaatlichkeit. Im Europäischen Parlament nimmt der Justizausschuss einen Bericht zur Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte an. Darin finden sich harte, klare Worte. Die EU hätte es mit einer noch nie dagewesenen und sich weiter verschärfenden Krise ihrer Verfassungswerte zu tun, welche das Überleben des Friedensprojekts Europa gefährde. Vor auferstehenden illiberalen und autokratischen Tendenzen in einigen Mitgliedstaaten wird gewarnt. Erstmals wird das Wort „state capture“ verwendet. Haben wir politische Subsysteme in unserem Club, die den Verfassungsstaat kapern? Diese Aussicht ist ernüchternd. Und mag den niederländischen Premierminister Mark Rutte zu einem Tabubruch gebracht haben: Er fragte diese Woche in einer Parlamentsdebatte, ob es eine Möglichkeit wäre, die EU ohne Ungarn und Polen neu zu gründen.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Was ist los mit der europäischen Einheit?

Gabriel N. Toggenburg: Die EU ist und war nie konfliktfrei. Neu ist vielleicht, dass sich Konfliktlinien in mehreren Bereichen überlagern. Sei es in der Migrationsdebatte als auch in der Rechtsstaatsdebatte sieht man eine Ost-West-Trennlinie.

„D“: Der niederländische Premier sprach von der Gründung einer neuen EU ohne Polen und Ungarn.

Toggenburg: Ich glaube, er hat gleich angefügt, dass es sich hier um eine „nukleare Option“ handle. Also nichts, das politisch ernsthaft diskutiert wird.

„D“: Wird die EU einen Problemstaat nie mehr los?

Toggenburg: In der UNO ginge so etwas. Nicht in der EU. Man darf einseitig aus der EU aus-

treten, aber das Kollektiv kann keinen Staat hinauswerfen. Dahinter stand wohl auch die Überlegung, dass die EU nicht nur eine Union von Staaten, sondern auch von Bürgern ist. Gegenfrage: Wäre es legitim, den Bürgern eines Problemstaats zwangsweise die Unionsbürgerschaft zu entziehen, nur weil ihre Regierung zum EU-Außenseiter wird?

„D“: Dann doch zurück zur Idee einer Neugründung?

Toggenburg: Ich stelle mir so ein Konstrukt einer Neugründung schwierig vor, ohne in die vertraglichen Rechte der „Draußenbleiber“ einzugreifen.

„D“: Was bleibt dann?

Toggenburg: Konfliktverschärfung, bis sich neue Gleichgewichte einpendeln. Und die Möglichkeit „verstärkter Zusammenarbeit“. Mit einer Gruppe von mindestens 9 Mitgliedstaaten ist das möglich.

© Alle Rechte vorbehalten

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz